

Dieses Jahr 2009 mit seinen vielen Gedenktagen – der sogenannte Hitler-Stalin-Pakt, der Angriff Hitler-Deutschlands auf Polen und der Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939, der Beginn des Warschauer Aufstands 1944, der Runde Tisch und die Wahlen in Polen 1989, der Fall der Mauer 1989, der Beitritt Polens zur NATO 1999 und zur EU 2004 – ist geradezu dazu angetan, die deutsch-polnischen Beziehungen erneut nüchtern und sachlich zu beleuchten und zu würdigen.

Bereits 1990 stellte Karl Dedecius in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels fest: „Ein besonders sensibles, aber auf Rücksicht und Nachsicht angewiesenes Verhältnis ist das deutsch-polnische. Es ist labil, bedroht, anfällig, fast neurotisch, weil es historisch unerträglich vorbelastet ist. Es ist mit atavistischen Animositäten und beiderseits untauglichen Schutzbehauptungen befrachtet, die uns auf dem nun notwendigen Weg zueinander behindern, in Rückfälle stürzen, fast resignieren lassen.“

Vor dem Hintergrund der gemeinsamen Geschichte, die nicht erst im zwanzigsten Jahrhundert von Gewalt und Mord, Umsiedlung und Vertreibung, Zwangsarbeit und Zerstörungen, von Gebietsteilungen und von Konflikten um Grenzziehungen, von Diskussionen um Kulturgüter geprägt war, ist dies auch wenig verwunderlich.

Hitler-Deutschland hat im September 1939 Polen angegriffen und dort fürchterlich gewütet, Millionen von Menschen

bestialisch ermordet. Polen ist am 23. August 1939 im geheimen Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags, dem sogenannten Hitler-Stalin-Pakt, zum wiederholten Male in seiner Geschichte aufgeteilt, das Ende des polnischen Staates in einem geheimen Teil des „Grenz- und Freundschaftsvertrags“ vom 28. September 1939 besiegelt worden. Unzählige Deutsche waren in der Folge nach dem Krieg gezwungen, Polen zu verlassen und nach Deutschland zu fliehen. Die Liste der Unrechtstaten ist lang.

## Heilung der Zerrissenheit

Und um noch einmal auf Karl Dedecius zurückzukommen: Nach seiner Ansicht geht es bei den deutsch-polnischen Beziehungen „um die Heilung einer argen Zerrissenheit. Zerrissenheit kann man flüchtig flicken, man kann sie kunststopfen. Der übergeordnete Zweck aber ist: die Narbe, die Wunde zu überwinden. Nicht mehr darunter zu leiden. Nichts zu verschlimmern. Rückfällen vorzubeugen. Das ist der Heilkunde Sinn und Zweck. Auch der der Politik. Das Haus Europa darf kein Krankenhaus sein. Auch kein Lager aus Zelten, Ego-Zentren, Blöcken und Baracken. Diese waren wie Scheuklappen, die uns den Blick und das Ohr für das Naheliegende versperrten.“

Wir müssen also noch mehr miteinander sprechen, mehr aufeinander hören und mehr einander zuhören. Erinnerung und Versöhnung müssen und werden immer wesentlich für die deutsch-polnischen Beziehungen bleiben.

Es ist nun an der Zeit, auf dieser von beiden Seiten anerkannten Grundlage ein neues Kapitel aufzuschlagen. Nicht in dem Sinne, die Vergangenheit *ad acta* zu legen, sondern im Sinne einer gemeinsamen Zukunft in historischer Gewissheit. Es ist höchste Zeit, intensiver zusammenzuarbeiten, neue Schwerpunkte zu setzen, neue Themen, auch internationale Fragen, aufzugreifen und gemeinsam zu Lösungen zu kommen. Wichtig ist vor allem, es aber nicht nur beim Reden über dieses Vorhaben zu belassen, sondern tatsächlich etwas zu tun.

### Danziger Erklärung

Bereits im Jahre 2003 haben Staatspräsident Aleksander Kwasniewski und Bundespräsident Johannes Rau in der sogenannten „Danziger Erklärung“ gemahnt, angesichts der bitteren Vergangenheit die Anstrengungen für eine bessere Zukunft zu vereinen. Die beiden Präsidenten riefen dazu auf, einen aufrichtigen europäischen Dialog über die Frage von Umsiedlung, Flucht und Vertreibung zu führen. Sie betonten darüber hinaus, dass es keinen Raum mehr geben dürfe für Entschädigungsansprüche, für gegenseitige Schuldzuweisungen und für das Aufrechnen der Verbrechen und Verluste.

Wir – Deutsche und Polen – müssen das Gespräch über diese Themen führen, aber wir müssen auch weitergehen. Dazu können und sollten sowohl das in Berlin geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ einen Beitrag leisten wie auch das in Danzig entstehende „Museum des Zweiten Weltkriegs“. Beide Projekte sind in dem jeweils anderen Land auf Argwohn, im Falle des „Zentrums“ auf vehemente Ablehnung gestoßen. Doch mit dem Zentrum wird keineswegs die Kausalität zwischen dem Krieg und den Kriegsfolgen aufgehoben. Die teilweise hitzigen Debatten offenbarten, wie unterschiedlich – oder: national – Erinnerung an die Vergangenheit sein kann, wie miss-

trauisch beide Seiten die Geschichtsschreibung im jeweils anderen Land immer noch beüben. Doch haben beide Projekte auch die Chance, ein wichtiger Baustein einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur zu werden.

### Grundlegende Gemeinsamkeiten

Bei all den schwierigen und heiklen Fragen dürfen die vielen grundlegenden Gemeinsamkeiten nicht in den Hintergrund geraten. Wir gehören derselben Wertegemeinschaft an; wir haben gemeinsame Interessen und teilen wesentliche politische und ökonomische Ziele, national wie auch international. Wir müssen damit aufhören, punktuelle Unstimmigkeiten oder Gegensätzlichkeiten von vorneherein zu Hindernissen für andere Fragen zu machen. Manchmal mag dies auch zunächst unbewusst geschehen. Dieser Umstand wiederum sollte uns aber umso mehr darauf achten lassen, was wir wie sagen. Gerade im deutsch-polnischen Verhältnis ist der Grundsatz jeder erfolgreichen Außenpolitik, sich in den jeweils anderen hineinzuversetzen, von besonderer Wichtigkeit.

Vor allem seit dem Ende des Kalten Krieges 1989 haben sich viele und enge Kontakte zwischen den beiden Staaten entwickelt. Die Projekte reichen von Städtepartnerschaften über den deutsch-polnischen Jugendaustausch bis zu Kooperationen von Universitäten, von gemeinsamen Sitzungen von Parlamentsausschüssen und regelmäßigen Treffen der Parlamentspräsidenten über Koordinatoren beider Regierungen „für die zivilgesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit“ bis zu gemeinsamen Manövern und enger Kooperation in EU Battlegroups oder in internationalen Missionen.

### Austausch intensivieren

Doch gibt es selbstverständlich auch bei den Gemeinsamkeiten noch Verbesserungsbedarf. So sollten die Regierungs-

konsultationen zwischen den beiden Ländern wesentlich häufiger stattfinden. Am 9. Dezember 2008 fanden nach längerer Unterbrechung wieder gemeinsame Beratungen statt. Die geografische Nähe von Berlin und Warschau sollte jedoch häufigere Treffen möglich machen. Aussprache und Gedankenaustausch in diesem Rahmen sind meist intensiver und nachhaltiger als bilaterale Gespräche am Rande von internationalen Konferenzen. Es ist daher erforderlich, dass nach den Bundestagswahlen am 27. September 2009 die neue Bundesregierung den Kontakt zur polnischen Regierung schnell herstellt. Mittlerweile ist es ja geradezu Tradition geworden, dass die neu gewählten Kanzler beziehungsweise Kanzlerin nach Warschau reisen, wie dies im Übrigen ja auch Bundespräsident Köhler nach seinen beiden Wahlen 2005 und 2009 ebenfalls getan hat. Daran muss künftig festgehalten werden.

### **Effizienteres europapolitisches Auftreten**

Eine rasche Abstimmung ist aber nicht nur aus bilateralen Gründen notwendig, sondern auch, um auf europäischer Ebene möglichst geschlossen aufzutreten. Den Vertrag von Lissabon gilt es in beiden Ländern noch zu ratifizieren. Für Polen ist dies nicht zuletzt aus innenpolitischen Gründen wichtig – die Präsidentschaftswahlen finden im nächsten Jahr, die Parlamentswahlen im Jahr darauf statt –, aber auch im Hinblick auf die im zweiten Halbjahr 2011 zu übernehmende, erstmalige Ratspräsidentschaft. Ein gutes Omen für das deutsch-polnische Zusammenwirken auf europäischer Ebene ist, dass dem Deutschen Hans-Gert Pötering nun mit Jerzy Buzek ein Pole im Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments folgt.

Gerade in der Europapolitik und der Europäischen Nachbarschaftspolitik könnten Deutschland und Polen noch viel

effizienter auftreten. Mit der sogenannten Östlichen Partnerschaft ist ein Anfang gemacht. Die gemeinsame Reise der beiden Außenminister Steinmeier und Sikorski im Juni dieses Jahres zu Gesprächen mit der ukrainischen Führung nach Kiew war ein guter Beginn für gemeinsame außenpolitische Aktivitäten. Der Ukraine müssen wir ein besonderes Augenmerk schenken, um dem politisch und geografisch zerrissenen Land Unterstützung für Reformen zu geben und den Anschluss an westliche Strukturen zu fördern, auch jenseits der Frage, wann die Ukraine reif ist, der NATO beizutreten. Nicht zu vernachlässigen ist hierbei auch die sportpolitische Zusammenarbeit: Im Jahre 2012 wird die Fußball-Europameisterschaft in Polen und in der Ukraine ausgetragen werden. Dieser großen Veranstaltung zu einem Erfolg zu verhelfen liegt auch in deutschem Interesse, und wir sollten gemeinsam alles daransetzen, dass die Ukraine die damit verbundenen Anforderungen erfüllen kann.

### **Haltung zum Kaukasus**

Eine gemeinsame deutsch-polnische Außenpolitik sollte aber auch in Richtung Kaukasus, vor allem Georgien, und den zentralasiatischen Staaten ausgebaut werden. Diese Region wird auch und gerade in unseren jeweiligen Beziehungen zu Russland und in der europäischen Russlandpolitik eine immer größere Rolle spielen. Moskau betrachtet die Gegend immer noch oder wieder als seine Einflussosphäre, was mit einer freiheitlichen europäischen Ordnung unvereinbar ist. Hier ist grundsätzlich eine engere Absprache zwischen Berlin und Warschau vonnöten. Die Positionen der beiden Regierungen liegen teilweise weit auseinander: Warschau zeigt meist weniger Nachsicht gegenüber Moskau, während Berlin eher geneigt ist, Russland entgegenzukommen, und einer gewissen Überfreundlichkeit geziehen wird. Energiesicherheit und Ener-

gielieferungen aus Russland sind hier elementare Themen. Dass der Kreml wiederholt seine Streitigkeiten mit der Ukraine über russische Gaslieferungen nach Europa eskalieren ließ, hat auch im deutschen Auswärtigen Amt befremdet. Dort hängt man allerdings immer noch der Strategie „Wandel durch Verflechtung“ an, was aus Warschauer Sicht ein naiver und gefährlicher Ansatz ist.

## Energiedialog

Bei einem anderen energiepolitischen Projekt zeichnet sich zwischen Deutschland und Polen nach jahrelangen Differenzen nun Einigkeit ab: die Ostsee-Pipeline. Während Deutschland an diesem Vorhaben beteiligt ist und von einem zusätzlichen Transportweg von russischem Gas nach Europa spricht, sah sich Polen umgangen und fürchtete um die Sicherheit seiner Energieversorgung. Auf die Anregung von Bundeskanzlerin Merkel, eine sogenannte Stichverbindung der Pipeline nach Polen und ins Baltikum einzurichten, um ihre Energieversorgung ebenfalls zu sichern, hat sich die polnische Regierung inzwischen eingelassen. Bei der Vorstellung des Strategieplans „Polen 2030“ im Juni 2009 erklärte Ministerpräsident Tusk, nur durch eine Verbindung der polnischen und europäischen Gasnetze könne Polen seine Energielieferungen diversifizieren. Zwar lehnt Polen das Projekt weiterhin grundsätzlich ab. Doch die Regierungen in Warschau und Berlin arbeiten eng in Fragen der Energieversorgung Europas zusammen mit dem Ziel, eine europäische Energiepolitik zu entwerfen. Im Dezember 2007 vereinbarten die beiden Wirtschaftsminister Michael Glos und Waldemar Pawlak einen „Energiedialog“, der nach einem Beschluss vom Februar 2009 zur Gründung eines regionalen Kooperationsforums in Mittel-Ost-Europa ausgeweitet werden soll.

Gemeinsame außenpolitische Aktivitäten könnten aber beispielsweise auch

bei Konflikten im Nahen und Mittleren Osten hilfreich sein. Da Polen wie Deutschland an UNIFIL beteiligt sind, könnte an eine gemeinsame Zusammenarbeit bei der Grenzsicherung zwischen dem Libanon und Syrien gedacht werden. Selbst wenn Polen tatsächlich – wie derzeit diskutiert – sein Engagement bei UNIFIL noch in diesem Jahr einstellen sollte, könnte sich Warschau im Libanon aber weiterhin aufgrund seiner Erfahrungen im Irak mit Ideen zum Staatsaufbau und zur Stärkung demokratischer Strukturen einbringen.

## Weimarer Dreieck

Die enge Zusammenarbeit sowohl in europäischen als auch in internationalen Fragen sollte gleichwohl nicht auf Polen und Deutschland beschränkt bleiben. Das Weimarer Dreieck, 1991 von den Außenministern Deutschlands, Polens und Frankreichs ins Leben gerufen, könnte als trilateraler Bund wesentliche Impulse für eine Erneuerung der europäischen Politik geben. Bedauerlicherweise ist in den letzten Jahren aufgrund verschiedener, meist bilateraler Misstöne dieses Potenzial nicht ausgeschöpft worden.

Angesichts der bevorstehenden Aufgaben und Herausforderungen – insbesondere der bevorstehenden Umsetzung des Vertrags von Lissabon – muss das Weimarer Dreieck endlich die Bedeutung bekommen, die ihm bei seiner Initiierung zgedacht war. Bei der Gründung waren jährliche Konsultationen zu europapolitischen Fragen vorgesehen. Diese Absprache ist nie vollständig eingehalten worden, schon gar nicht auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs.

Themen gibt es genug: Schon erwähnt sind die Energiepolitik und der Umgang mit Staaten, die früher im Einzugsbereich der Sowjetunion lagen, nun aber unabhängig sind und ihre Politik selbstständig gestalten wollen.

Hinzu kommen aber auch weitere Herausforderungen: die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise, Bekämpfung des transnationalen Terrorismus und der Klimawandel. Dass kürzlich ein Training von deutschen, polnischen und französischen jungen Diplomaten stattfand, bei dem die Aufgabe gestellt war, ein internationales Krisenszenario zu lösen, ist daher sehr zu begrüßen. Solche Projekte erleichtern in einem potenziellen Ernstfall die Kommunikation. Zu überlegen wäre in diesem Zusammenhang auch, einen regelmäßigen Austausch von Beamten verschiedener Ministerien zu intensivieren.

Drei Staaten haben mehr Gewicht als zwei. Jahrzehntlang hat das deutsch-französische Tandem die Europapolitik bestimmt. Die Einbeziehung Polens verleiht dem „Tridem“ ein größeres Gewicht, nicht zuletzt weil damit auch ein mittelosteuropäischer Staat und junges Mitglied in der EU mit seinen Interessen berücksichtigt ist. Nicht zu vergessen ist dabei aber auch, dass diese Art von Zusammenarbeit ebenfalls zu Versöhnung und Aussöhnung beiträgt.

### Verhältnis zu den USA

Ein gutes Verhältnis zu den USA ist für Polen wie für Deutschland essenziell. Einen Knick gab es allerdings durch die unterschiedliche Bewertung des amerikanischen Vorgehens im Irak. Während die Regierung Gerhard Schröder im Jahre 2002 die amerikanische Regierung brüsk anging, unterstützte Polen die US-Position und beteiligte sich an der „Koalition der Willigen“. Diese Differenzen sind heute ausgeräumt.

Neue Projekte stehen an, die allerdings auch nicht zwischen den beiden Partnern unumstritten sind: Polen hat sich nach längeren Verhandlungen bereit erklärt, das Vorhaben der USA zu unterstützen, ein Raketenabwehrsystem in Europa zu errichten und auf polnischem

Gebiet zehn Abfangraketen zu stationieren. Russland sieht sich mit diesem Projekt jedoch provoziert und das Rüstungsgleichgewicht zwischen den beiden Atommächten gefährdet. Die russische Kritik wiederum führte zu Meinungsverschiedenheiten in Deutschland – zur Verwunderung der Polen, die darin aber letztlich die Bestätigung für die Russland-freundliche Haltung des Auswärtigen Amtes fanden. Denn ihre endgültige Entscheidung, dem Wunsch der Amerikaner nachzukommen, fiel auch im Kontext des Krieges zwischen Russland und Georgien im August letzten Jahres. Dieser Konflikt war gerade für frühere Ostblock-Mitgliedstaaten ein Fatale und ein Zeichen dafür, dass die Politik Russlands die der Sowjetunion fortsetzte.

Seit zehn Jahren ist Polen nun Mitglied in der NATO, beteiligt sich mit etwa 3800 Soldaten an insgesamt achtzehn internationalen Missionen. Zu den Koalitionstruppen im Irak trug Polen bis Oktober 2008 mit 900 Soldaten bei. Für die militärpolitischen Beziehungen ist das „Multinationale Korps Nordost“ in Stettin von besonderer Bedeutung. Deutschland und Polen gründeten diesen Stab zusammen mit Dänemark im Jahre 1999. Hier werden die Operationen von sieben osteuropäischen NATO-Staaten geplant und umgesetzt. Auch bei der Aufstellung von EU Battlegroups engagieren sich Deutschland und Polen gemeinsam, unter Hinzuziehung anderer Nationen. Regelmäßig finden deutsch-polnische Generalstabs- und Stabsgespräche statt.

Der militärischen Ausbildungshilfe an Universitäten oder Truppschulen räumen beide Seiten hohe Priorität ein. Diese bereits enge militärische Zusammenarbeit könnte auf weitere Bereiche ausgedehnt werden. So ist beispielsweise die Luftwaffe noch nicht einbezogen worden. Zu überlegen wäre daher, ob nicht gemeinsame Übungen der Luftwaffen statt-



finden könnten. Auch bei der wehrtechnischen Forschung ist eine engere Zusammenarbeit denkbar, zum Beispiel die gemeinsame Entwicklung von Waffensystemen.

## Aufnahme in die Euro-Zone

Es gilt aber, noch einen besonders wichtigen Bereich zu nennen, bei dem Deutschland Polen mehr als bisher unterstützen könnte: nämlich bei der Aufnahme in die Euro-Zone. Vor allem bedingt durch die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise, unter der Polen nun auch zu leiden hat, musste der ursprüngliche bis 2012 geplante Beitritt um zwei Jahre verschoben werden. Dennoch: Um die für den Beitritt erforderlichen Maastricht-Kriterien zu erreichen, könnte Deutschland nicht nur politische, sondern auch personelle Unterstützung leisten, zum Beispiel mit der Entsendung deutscher Finanzexperten nach Warschau. Deutschland hat ein Interesse daran, Polen in der Euro-Zone zu haben, denn dies würde sich positiv auf die bereits guten wirtschaftlichen Beziehungen auswirken. Trotz der Wirtschaftskrise hat sich der bilaterale Warenverkehr seit dem Jahre 2003 mehr als verdoppelt und im letzten Jahr mit über sechshundert Milliarden Euro ein Rekordvolumen erreicht. Ein Beitritt zur Euro-Zone wäre außerdem ein weiteres Zeichen für die zunehmende Verwurzelung Polens in der EU.

## Kulturelle Beziehungen

Was die kulturellen Beziehungen angeht, so hat sich in den letzten Jahren – jenseits der Streitigkeiten um Museen, Stiftungen und anderen Erinnerungsstätten – eine

ganze Menge getan. Ein deutsch-polnisches Geschichtsbuch wird derzeit erarbeitet, das deutsch-polnische Schulbuchabkommen wurde abgeschlossen. Es gibt nicht nur Präsenzen der Goethe-Institute und polnische Kulturinstitute, deutsch-polnische Gesellschaften und die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, sondern inzwischen auch eine deutsch-polnische Musikbörse.

Auch die Medien werden immer aktiver: Mitte Juni dieses Jahres fanden nach 2008 die zweiten Deutsch-Polnischen Medientage in Stettin statt. Hier ließe sich ebenfalls noch mehr tun: Warum sollte es nicht möglich sein, einen gemeinsamen Fernsehsender à la Arte einzurichten? Dies mag zunächst als Idee für Feinschmecker klingen, doch dürfte das Interesse auch über die Grenzregion hinaus nicht gering sein, zum Beispiel für die in Deutschland lebenden Polen oder die deutsche Minderheit in Polen.

Für die Zukunft brauchen wir ein offenes, vernünftiges, freundschaftliches und partnerschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Polen, bei dem beide Seiten mit Fingerspitzengefühl agieren, aber auch eine gewisse Gelassenheit im Umgang miteinander entwickeln. Vertrauensbildung und Aussöhnung ist ein langwieriger Prozess. Wir sind aber auf einem guten Weg. Es liegt an uns allen, die deutsch-polnische Partnerschaft zu vertiefen. Und gerade in diesem Jahr 2009, zwanzig Jahre nach dem Mauerfall, muss daran erinnert und darf in der Zukunft nie vergessen werden: Die Einheit Deutschlands wäre ohne die *Solidarność*, die erste erfolgreiche Widerstandsbewegung im Ostblock, nicht zustande gekommen.

### Wahre Freundschaft

*„Unser Bestreben wird es sein, Verständnis, Achtung und Sympathie zwischen dem heutigen Deutschland und dem polnischen Volk zu begründen, damit auf diesem Boden dereinst eine wahre Freundschaft erwachse.“*

Konrad Adenauer am 31. 08. 1959 über den Rundfunk zum 10. Jahrestag des Kriegsbeginns